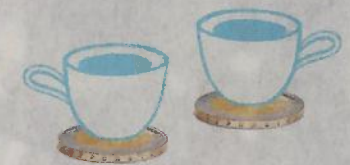


Reciprocal Tariffs		
Country	Tariffs Charged to the U.S.A. (including Customs Duties and Trade Barriers)	U.S.A. Discounted Reciprocal Tariffs
China	67%	34%
European Union	39%	20%
Vietnam	90%	46%
Taiwan	64%	32%
Japan	46%	24%
India	52%	26%
South Korea	50%	25%
Thailand	72%	36%
Switzerland	61%	31%
Indonesia	64%	32%
Malaysia	47%	24%
Cambodia	97%	49%
United Kingdom	10%	10%
South Africa	60%	30%
Brazil	10%	10%
Bangladesh	74%	37%
Singapore	10%	10%
Israel	33%	17%
Philippines	34%	17%
Chile	10%	10%
Australia	10%	10%
Pakistan	58%	29%
Turkey	10%	10%
Sri Lanka	88%	44%
Colombia	10%	10%

Reciprocal Tariffs		
Country	Tariffs Charged to the U.S.A. (including Customs Duties and Trade Barriers)	U.S.A. Discounted Reciprocal Tariffs
Peru	10%	10%
Nicaragua	36%	18%
Norway	30%	15%
Costa Rica	17%	10%
Jordan	40%	20%
Dominican Republic	10%	10%
United Arab Emirates	10%	10%
New Zealand	20%	10%
Argentina	10%	10%
Ecuador	12%	10%
Guatemala	10%	10%
Honduras	10%	10%
Madagascar	93%	47%
Myanmar (Burma)	88%	44%
Tunisia	55%	28%
Kazakhstan	54%	27%
Serbia	74%	37%
Egypt	10%	10%
Saudi Arabia	10%	10%
El Salvador	10%	10%
Côte d'Ivoire	41%	21%
Laos	95%	48%
Botswana	74%	37%
Trinidad and Tobago	12%	10%
Morocco	10%	10%

Reciprocal Tariffs		
Country	Tariffs Charged to the U.S.A. (including Customs Duties and Trade Barriers)	U.S.A. Discounted Reciprocal Tariffs
Algeria	59%	30%
Oman	10%	10%
Uruguay	10%	10%
Bahamas	10%	10%
Lesotho	99%	50%
Ukraine	10%	10%
Bahrain	10%	10%
Qatar	10%	10%
Mauritius	80%	40%
Fiji	63%	32%
Iceland	10%	10%
Kenya	10%	10%
Liechtenstein	73%	37%
Guyana	76%	38%
Haiti	10%	10%
Bosnia and Herzegovina	70%	35%
Nigeria	27%	14%
Namibia	42%	21%
Brunei	47%	24%
Bolivia	20%	10%
Panama	10%	10%
Venezuela	29%	15%
North Macedonia	65%	33%
Ethiopia	10%	10%
Ghana	17%	10%

Reciprocal Tariffs		
Country	Tariffs Charged to the U.S.A. (including Customs Duties and Trade Barriers)	U.S.A. Discounted Reciprocal Tariffs
Moldova	61%	31%
Angola	63%	32%
Democratic Republic of the Congo	22%	11%
Jamaica	10%	10%
Mozambique	31%	16%
Paraguay	10%	10%
Zambia	33%	17%
Lebanon	10%	10%
Tanzania	10%	10%
Iraq	78%	39%
Georgia	10%	10%
Senegal	10%	10%
Azerbaijan	10%	10%
Cameroon	22%	11%
Uganda	20%	10%
Albania	10%	10%
Armenia	10%	10%
Nepal	10%	10%
Sint Maarten	10%	10%
Falkland Islands	82%	41%
Gabon	10%	10%
Kuwait	10%	10%
Togo	10%	10%
Suriname	10%	10%
Belize	10%	10%



Auf einen Espresso

Sie wissen schon, wer...

Von Sven Astheimer

Man kann ihn nicht umgehen. Der mächtigste Mann der Welt beherrscht die Nachrichten rund um den Globus, er schickt uns ins Bett mit Brachialrhetorik und Zolllämmern und begrüßt uns nach dem Aufstehen mit Umarmungsgesten und Dealangeboten. Und wenn der amerikanische Präsident mal nicht die Schlagzeilen dominiert, dann tut es höchstwahrscheinlich sein Adlatus, jener Mann, der die Bürokratie zerlegt, nebenbei ein Autohaus führt und Raketen ins All schießt. Viele Menschen sind solcherlei Nachrichten mittlerweile überdrüssig, weil sie die Gespräche am Esstisch dominieren. Auch dieser Wochenrückblick kommt nicht an dem Treiben im Weißen Haus vorbei. Aber auf die Nennung einsilbiger US-Nachnamen können wir verzichten. Sie wissen schon, wer gemeint ist.

...

SEIT MITTWOCH IST die Katze also aus dem Zollsack. Zehn Prozent auf alles und obendrauf zusätzliche Sätze je nach Schurkenstatus des betroffenen Landes, so lassen die Ankündigungen aus dem Rosengarten sich holzschnittartig zusammenfassen. Düstere Aussichten für den Welthandel, die Börsen rutschten deutlich ab, fielen aber nicht ins Bodenlose. Ist das letzte Wort schon gesprochen? Wohl eher nicht. „Keine Panik, wartet mal ab“, lautete zuletzt die Botschaft aus dem Präsidenten-Umfeld an besorgte Vertreter der deutschen Wirtschaft. Allerdings gab es keinen Hinweis darauf, wie lange die Geduld reichen sollte. Vielleicht ergibt sich schon ein „Deal“ in den nächsten Tagen und Wochen?

...

WIE SEHR DIE DINGE in Bewegung sind, lässt sich an der Standortfrage erkennen. In den vergangenen Jahren bestimmte der amerikanische Inflation

# Die kruden Ideen hinter Trumps Zöllen

Der amerikanische Präsident errichtet eine Zollmauer, die den Amerikanern und der Weltwirtschaft schadet.

Von Patrick Welter, Frankfurt

Im Jahr 1978 erlitt der amerikanische Hersteller von Fernsehern und anderer Verbraucherelektronik, Zenith Radio, eine klare Niederlage vor dem höchsten Gericht der Vereinigten Staaten. Zenith Radio fühlte sich von Japan unfair behandelt und verlangte von der amerikanischen Regierung, dass sie mit Gegenzöllen das Unrecht aus der Welt schaffe. Kern des Anstoßes war, dass Japan den Verkauf von Elektronikwaren in Japan besteuerte, den heimischen Produzenten beim Export diese Steuer aber erließ. Das sei eine Wettbewerbsverzerrung, meinte Zenith Radio.

Der Supreme Court in Washington widersprach. Der Erlass der indirekten Steuer bei der Ausfuhr sei keine Exportsubvention, urteilten die Richter. Ausdrücklich verwiesen sie darauf, dass das amerikanische Finanzministerium diese Position schon seit Langem, genauer: seit 1898, konsistent vertreten habe. Zenith Radio, heute die Tochtergesellschaft des südkoreanischen Unternehmens LG Electronics, verlor seine Klage gegen die USA.

Donald Trump war damals 32 Jahre alt. Sein handelspolitisches Weltbild formte sich in jener Zeit, als japanische Hersteller von Elektronik und Autos zunehmend die Weltmärkte eroberten, amerikanische Unternehmen erzitterten und der Harvard-Soziologe Ezra Vogel mit dem Buch „Japan als Nummer eins“ das amerikanische Selbstvertrauen erschütterte.

Es ist ein sehr mechanisches und sehr vereinfachtes betriebswirtschaftliches Weltbild, mit dem Trump den internationalen Handel betrachtet. Wenn andere Länder mehr Güter an die Vereinigten Staaten verkaufen als von dort beziehen, dann übervorteilen sie die USA. Die Handelsbilanz muss demnach ausgeglichen sein, damit es fair zugeht. Ist sie es nicht, dann verschafft sich das Ausland durch Handelshemmnisse, durch unterbewertete Währungen oder mit Exportsubventio-

eigenen Vorteil zu nutzen. Mit seinen Zöllen beschneidet Trump dieses Privileg der amerikanischen Verbraucher, weil er die Einfuhr verteuert und verringert. Zugleich belasten Trumps Zölle den Export. Kann das Ausland in Amerika weniger Dollar verdienen, dann wird es für amerikanische Exportunternehmen schwieriger, im Ausland zu verkaufen. All das nimmt Trump in Kauf, um mit einem untauglichen Instrument zu versuchen, das Leistungsbilanzdefizit zu drücken.

Das wird nicht gelingen. Der Grund für

Rein mechanisch ist die einfache Rechenformel, mit der die Trump-Ökonomen die Höhe der Schutzzölle am bilateralen Leistungsbilanzsaldo festmachen. Länder zahlen desto mehr Zoll, je höher Amerikas Leistungsbilanzdefizit ihnen gegenüber ist. Ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Gründe oder Einflussfaktoren wird das Defizit so zum Maß für die Schlechtigkeit, mit der andere Länder Amerika angeblich behandeln. Den Gegenzoll setzt Trump mit Abschlag in et-

Werten wir eben den Dollar ab, ist der Kern eines anderen großen Entwurfs, der nach dem Landsitz von Trump in Florida als „Mar-a-Largo-Accord“ benannt wird. Trumps Vorsitzender seines Ökonomenbeirats, Stephen Miran, hat diese Strategie für ein neues Welthandelssystem entworfen, die eine protektionistische Zolpolitik Amerikas verbindet mit einer erzwungenen Dollarabwertung. Miran sieht das als Möglichkeit, um einer vermuteten systematischen Überbewertung entgegenzuwirken. Überbewertet soll der Dollar sein, weil die USA mit ihrer Weltreservewährung mehr Finanzkapital anziehen, als ihren Exporteuren guttäte.

Unter den Tisch fällt dabei, dass die Vereinigten Staaten durch den Zustrom ausländischen Kapitals Renditevorteile genießen, die einen guten Teil des jahrzehntelangen Wachstumsvorsprungs Amerikas erklären. Schon der skizzierte Versuch, die amerikanischen Gläubiger in faktische Dauerleihgaben an die amerikanische Regierung zu zwingen, würde das Vertrauen in den Finanzplatz zerstören und die Wachstumskraft Amerikas unterminieren. Trump hat sich diese Idee bislang nicht zu eigen gemacht.

Eine dritte Idee, die zunehmend als intellektuelle Begründung herumspukt, findet indes Trumps Wohlgefallen. Es ist die Idee der fiskalischen Abwertung, die in Europa während der Eurokrise populär wurde. Danach kann ein Land auch bei festen Wechselkursen sich über den



nach der wirtschaftliche Aufstieg Japans einen Verlust für die Vereinigten Staaten bedeute, waren populär. Die Angst vor der „gelben Gefahr“ ging um, gemeinsam mit Klagen über den angeblich unterbewerteten Yen und unfaire Handelspraktiken Japans. Trump lernte zu jener Zeit auch die Idee, dass es angeblich Handelshemmnissen bedürfe, um Investoren nach Amerika zu lenken. Amerika zwang Japan damals zu „freiwilligen Selbstbeschränkungsabkommen“, um die Einfuhr von Elektronik und Autos zu begrenzen. Japans Autohersteller übersprangen die Hürde, indem sie in den USA Werke errichteten. Für die Autohersteller in Detroit war nichts gewonnen.

„Japan und andere Nationen haben die Vereinigten Staaten seit Jahren übervorteilt“, schrieb Trump im September 1987 in einem offenen Brief an das amerikanische Volk, den er in einer ganzseitigen Anzeige in großen Zeitungen an der Ostküste veröffentlichte: „Besteuert diese wohlhabenden Nationen, nicht Amerika. Beendet unsere großen Defizite, senkt unsere Steuern.“ Heute klingt das kaum anders. „Unser Land und seine Steuerzahler wurden seit mehr als 50 Jahren abgezockt“, sagte Trump in dieser Woche, als er im Rosengarten des Weißen Hauses Einfuhrzölle von zehn bis 50 Prozent gegen 185 Länder und Territorien verhängte. „Ausländische Nationen werden endlich für das Privileg des Zugangs zu unseren Märkten zahlen müssen.“ Mit den Einnahmen versprach er, Steuern zu senken und die nationale Schuld abzutragen.

## „Seit Jahrzehnten haben Japan und andere Nationen die Vereinigten Staaten übervorteilt.“

Donald Trump, 1978

nen einen Vorteil. Dann muss Amerika mit Zöllen dagegenhalten, um einen fairen Ausgleich herbeizuführen.

Das ist eine sehr verzerrte Wahrnehmung des wirtschaftlichen Austauschs über Grenzen hinweg. Schon die Grundprämisse, dass die Einfuhr etwas Schlechtes sei, ist falsch. Kein Amerikaner wird abgezockt, wenn er zum eigenen Vorteil Waren aus dem Ausland bezieht, im Gegenteil. Offene internationale Märkte bieten dem Verbraucher die Vielfalt, andere, bessere oder billigere Produkte zu kaufen. Sie erlauben Unternehmen, beste Materialien oder Spezialmaschinen aus dem Ausland zu beziehen, um noch bessere Produkte herzustellen. Zudem erlaubt die Einfuhr dem Importland, Produktion und Beschäftigung in produktivere Tätigkeiten umzulenken, die höhere Löhne und Gewinne versprechen.

So gesehen ist es kein Privileg ausländischer Unternehmen, auf dem amerikanischen Markt Güter verkaufen zu dürfen. Umgekehrt wird eher ein Schuh daraus. Es ist ein Privileg der dortigen Verbraucher und Unternehmen, Güter aus dem Ausland zu kaufen und zum

Das Defizit ist, dass die Amerikaner insgesamt mehr konsumieren als sparen. Die hohen Defizite der Regierung und die verbundenen höheren Zinssätze, aber auch die Attraktivität als Investitions- und Wirtschaftsstandort locken netto mehr Kapital an als abfließt. Das zieht einen Überschuss der Einfuhr über die Ausfuhr nach sich. Das Leistungsbilanzdefizit ist so weder gut noch schlecht. Solange die Amerikaner die Auslandsschuld bedienen können, ist daran nichts Schlimmes. Höhere Einfuhrzölle können an diesem Zusammenhang gar nichts ändern, weil sie – wenn überhaupt – nur einen sehr indirekten Einfluss auf die Sparneigung in den USA haben. Das amerikanische Leistungsbilanzdefizit könnten die Zölle nur verringern, falls sie Amerika in eine Rezession führten.

In das mechanische Denken der Ökonomen in Trumps Regierung passen solche Überlegungen nicht hinein. Wie mechanisch die Handelskrieger in Washington vorgehen, zeigt sich daran, wie und wem sie mit den Strafzöllen belegen wollen. Dass Russland und Belarus auf der Liste von 185 Ländern und Territorien fehlen, wird als Teil der Bemühungen erklärt, mit dem Krim zu einer Übereinkunft über ein Kriegsende in der Ukraine zu finden. Dass Amerika aber auch die nur von Pinguinen und Seehunden bewohnten australischen Heard- und McDonaldinseln in der Nähe der Antarktis mit dem Mindestzoll von 10 Prozent belegt, rief Erstaunen hervor. Überraschend ist auch der Zoll auf eine britische Gruppe von Atollen im Indischen Ozean, auf denen es nur einen britisch-amerikanischen Militärstützpunkt gibt.

## „Unser Land und seine Steuerzahler wurden seit mehr als fünfzig Jahren abgezockt.“

Donald Trump, 3. April 2025

wa auf die Hälfte, er spricht von einer „freundlichen Reziprozität“.

Rund um die plumpen Zolltheorien zeichnen die ökonomischen Berater Trumps wie Peter Navarro große volkswirtschaftliche Entwürfe und Szenarien, um so etwas wie eine intellektuelle Schutzmauer zu errichten. Da ist die uralte These, dass das seit den 1980er-Jahren zunehmende Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten den Niedergang des amerikanischen verarbeiteten Gewerbes hervorgerufen habe. Daran aber ist zu zweifeln, weil die Zahl der Industriearbeitsplätze in Amerika schon sank, als die USA noch Überschüsse in der Leistungsbilanz erzielte. Auch Länder mit fast permanenten Handelsüberschüssen wie Deutschland erleben im Trend einen Verlust von Stellen in der Industrie. So wie die Landwirtschaft über die Jahrzehnte an relativer Bedeutung in Amerika und Europa verloren hat, so wandeln diese Gesellschaften sich hin zu Dienstleistungen. Sich dem konservativ mit Subventionen oder Zöllen entgegenzustellen hieße, auf Wohlstand und Wachstumspotential zu verzichten.

Export Wachstumsvorteile verschaffen, wenn es seine Besteuerung von direkten Steuern auf Einkommen oder Gewinne umstellt zu mehr indirekten Steuern auf den Konsum. Ein klein wenig steckt davon in Trumps Idee, mit höheren Zolleinnahmen die Einkommensteuern zu senken. Ideen einer großen Steuerreform mit Grenzausgleichssteuer, die schon lange vor Trump in den Reihen der Republikaner Freunde hatten, weisen in dieselbe Richtung. Ob eine fiskalische Abwertung in Ländern mit flexiblen Wechselkursen aber Erfolg haben kann, ist unter Ökonomen indes sehr umstritten.

Das Argument der fiskalischen Abwertung wird von Trumps Ökonomen gegen andere Länder ins Feld geführt, wenn sie etwa den reziproken Zoll gegen die Europäische Union mit der hiesigen Mehrwertsteuer begründen. Richtig daran ist, dass die EU-Staaten von amerikanischen Exporteuren Mehrwertsteuerzahlungen verlangen und diese europäischen Exporteuren erlassen. Amerikanische Hersteller aber werden nicht benachteiligt, weil ihre Kunden in Europa letztlich ebenso für die Mehrwertsteuer zahlen müssen wie die europäischen Kunden der europäischen Konkurrenz.

Mit dem Verweis auf die Mehrwertsteuer lehnt Trump sich an seine Denkmuster aus der Vergangenheit an. Es ist das Argument, dass in den 1970er-Jahren Zenith Radio ohne Erfolg vor Gericht gegen Japan vorgebracht hatte. Der Unterschied zu damals: Der Finanzminister teilt heute das krude Argument, zumindest widerspricht er nicht öffentlich.

den Reduktion der kurzfristigen Debatte. Das staatliche Förderprogramm für Zukunftstechnologien lockte Unternehmen aus der ganzen Welt in die USA. Vor allem stromintensive Branchen in Deutschland liebäugelten mit großen Investitionen in Übersee. Heute ist es still geworden im Unternehmerlager mit Abwanderungsgedanken, weil „the land of the free“ immer unberechenbarer geworden ist. Erste, eigentlich schon so gut wie beschlossene Investitionen sollen sogar auf Eis gelegt worden sein, ist aus manchem Vorstand und Aufsichtsrat zu hören. Goodbye America?

♦♦♦

ES IST ABER AUCH ein Kreuz mit der Globalisierung und der Politik. Drei Jahre lang zog die grüne Außenministerin Annalena Baerbock mit der Forderung des „De-risking“ vom „systemischen Rivalen“ China durch die Lande. Nun hat auf einmal der Hoffungsmarkt Amerika den Schwarzen Peter. Clever war mal wieder der chinesische Präsident Xi unterwegs, der westliche Konzernchefs zu sich eingeladen und mit einer Charmeooffensive empfangen hat. Aus Deutschland waren die Spitzen von BMW, Mercedes oder Siemens dabei. Hernach war zu hören, dass man lange nicht mehr so willkommen geheißen und umgarnt worden sei. Wellness in Fernost für die geschundene Managerseele – welch Kontrast zu den Schimpftiraden aus der Washingtoner Administration.

♦♦♦

IN BERLIN GAB ES DAGEGEN wenig Neues. Die gerufte SPD schreibt weiter Altbekanntes in den neuen Koalitionsvertrag, und die Unionsparteien sekundieren artig. Das scheint zumindest der Eindruck vieler Menschen zu sein, weil die AfD der Union in Umfragen immer näher auf die Pelle rückt. Auch die 100 Wirtschaftsverbände scheinen diese Einschätzung zu teilen, die in einem gemeinsamen Appell diese Woche den designierten Kanzler Friedrich Merz daran erinnerten, dass der versprochene Neustart anders aussehen müsse. Es sei auf jeden Fall eine echte Leistung von Merz, so viele Verbände hinter einem Ziel zu einen, raunte ein Berliner Insider anerkennend.

♦♦♦

ANSONSTEN BLEIBT UNS wenigstens die Hoffnung auf ein erholsames Wochenende. Denn da fliegt in Amerika eine gewisse Person gerne in die Heimat nach Florida und entspannt sich bei einer Partie Golf. Die Weltpolitik hat dann gelegentlich mal Pause, und wir können durchatmen, während ER an seinem Handicap feilt. Sie wissen schon, wer gemeint ist...

Reciprocal Tariffs		
Country	Tariffs Charged to the U.S.A. (excluding duty-free quotas and trade agreements)	U.S.A. Discounted Reciprocal Tariffs
Papua New Guinea	15%	10%
Malawi	34%	17%
Liberia	10%	10%
British Virgin Islands	10%	10%
Afghanistan	49%	10%
Zimbabwe	35%	18%
Benin	10%	10%
Barbados	10%	10%
Monaco	10%	10%
Syria	81%	41%
Uzbekistan	10%	10%
Republic of the Congo	10%	10%
Djibouti	10%	10%
French Polynesia	10%	10%
Cayman Islands	10%	10%
Kosovo	10%	10%
Curaçao	10%	10%
Vanuatu	44%	22%
Rwanda	10%	10%
Sierra Leone	10%	10%
Mongolia	10%	10%
San Marino	10%	10%
Antigua and Barbuda	10%	10%
Bermuda	10%	10%
Eswatini (Swaziland)	10%	10%

Reciprocal Tariffs		
Country	Tariffs Charged to the U.S.A. (excluding duty-free quotas and trade agreements)	U.S.A. Discounted Reciprocal Tariffs
Marshall Islands	10%	10%
Saint Pierre and Miquelon	99%	50%
Saint Kitts and Nevis	10%	10%
Turkmenistan	10%	10%
Grenada	10%	10%
Sudan	10%	10%
Turks and Caicos Islands	10%	10%
Aruba	10%	10%
Montenegro	10%	10%
Saint Helena	15%	10%
Kyrgyzstan	10%	10%
Yemen	10%	10%
Saint Vincent and the Grenadines	10%	10%
Niger	10%	10%
Saint Lucia	10%	10%
Nauru	59%	30%
Equatorial Guinea	25%	13%
Iran	10%	10%
Libya	61%	31%
Samoa	10%	10%
Guinea	10%	10%
Timor-Leste	10%	10%
Montserrat	10%	10%
Chad	26%	13%
Mali	10%	10%

Reciprocal Tariffs		
Country	Tariffs Charged to the U.S.A. (excluding duty-free quotas and trade agreements)	U.S.A. Discounted Reciprocal Tariffs
Maldives	10%	10%
Tajikistan	10%	10%
Cabo Verde	10%	10%
Burundi	10%	10%
Guadeloupe	10%	10%
Bhutan	10%	10%
Martinique	10%	10%
Tonga	10%	10%
Mauritania	10%	10%
Dominica	10%	10%
Micronesia	10%	10%
Gambia	10%	10%
French Guiana	10%	10%
Christmas Island	10%	10%
Andorra	10%	10%
Central African Republic	10%	10%
Solomon Islands	10%	10%
Mayotte	10%	10%
Anguilla	10%	10%
Cocos (Keeling) Islands	10%	10%
Eritrea	10%	10%
Cook Islands	10%	10%
South Sudan	10%	10%
Comoros	10%	10%
Kiribati	10%	10%

Fotos WhiteHouse/X

Reciprocal Tariffs		
Country	Tariffs Charged to the U.S.A. (excluding duty-free quotas and trade agreements)	U.S.A. Discounted Reciprocal Tariffs
São Tomé and Príncipe	10%	10%
Norfolk Island	58%	29%
Gibraltar	10%	10%
Tuvalu	10%	10%
British Indian Ocean Territory	10%	10%
Tokelau	10%	10%
Guinea-Bissau	10%	10%
Svalbard and Jan Mayen	10%	10%
Heard and McDonald Islands	10%	10%
Reunion	73%	37%